

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

X. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 30. Mai bis 2. Juni 2018

„Konfirmandenzeit ist Prüfungszeit“

„Ich halte die Konfirmandenarbeit für das zentrale Thema gemeinsamer und auch pfarramtlicher Tätigkeit“, betonte Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track vor der Landessynode. „Wenn wir Konfirmandenarbeit nicht als Beziehungsarbeit begreifen, verlieren wir die Jugendlichen und das gefährdet die Zukunft unserer Kirche.“ Zuvor hatte Christian Berndt, Synodaler aus dem Sprengel Stade, den Bericht des Jugendausschusses zur Konfirmandenarbeit in der hannoverschen Landeskirche vorgestellt. Der Vorsitzende des Ausschusses fand dabei deutliche Worte: „Konfirmandenzeit ist Prüfungszeit – die Jugendlichen prüfen in dieser Zeit, ob ihnen der christliche Glaube und unsere Kirche etwas geben können.“ Zu oft falle das Urteil nach dieser Prüfung negativ aus, so Berndt weiter – zumindest, was den Gottesdienst angehe. 65 Prozent aller Konfis beurteilten eine Studie zufolge den Gottesdienst nach ihrer Konfirmandenzeit negativer als vorher; die immer wieder behauptete Beheimatung durch Gewöhnung finde also nicht statt. „Empirische Daten widerlegen das“, so Christian Berndt, „dennoch verpflichten wir unsere Konfis zur regelmäßigen Teilnahme am Gottesdienst – da müssen wir ran.“ Konfirmandenarbeit müsse die Alltagsrelevanz der biblischen Grundtexte und des evangelischen Glaubens aufzeigen, heißt es im Bericht des



Ein fröhliches Winken sendete die Landessynode aus dem Tagungssaal per Videobotschaft ins Landesjugendcamp.

Jugendausschusses. Allerdings liege genau beim Bezug zur Lebenswirklichkeit junger Menschen die größte Baustelle – der Konfirmandenarbeit fehle die Verbindung zu lebensrelevanten Fragen. „Da gibt es immer noch zuviel Kopf statt Herz, Hand, Fuß und Kopf“, formulierte es Christian Berndt. Der Ausschussbericht kritisiert, dass das kognitive Verstehen im Konfirmandenunterricht meist im Mittelpunkt stehe, emotionales und erlebnisorientiertes Lernen dagegen oftmals zu kurz komme. Dabei sei es gerade diese Form des Lernens, die für 13- und 14-Jährige aufgrund ihres Entwicklungsstandes besonders geeignet sei.

Weiter auf Seite 2

Aus dem Inhalt

- Ungehobene Schätze unter Mitarbeitenden **Seite 3**
- Friedhöfe sind Verkündigungsorte **Seite 5**
- Defizit trotz mehr Kirchensteuer **Seite 7**
- Überprüfung der KV-Wahl kommt **Seite 9**
- Vertrauen in neue Bilder ist nötig **Seite 10**

„Konfi-Camp war ein Fenster zur Zukunft“

Arbeitsgruppe soll Weiterentwicklung der Konfirmandenarbeit prüfen

Fortsetzung von Seite 1

Als Ausweg aus dem Dilemma nannte der Vorsitzende des Jugendausschusses unter anderem Konfi-Camps. Das Konfi-Camp in Wittenberg habe mit Blick auf die Konfirmandenarbeit ein Fenster zur Zukunft geöffnet: Tausende von Jugendlichen seien nach diesem Erlebnis begeistert nach Hause gefahren, das Camp wurde über die eigentlich geplante Laufzeit hinaus verlängert.

Gesetz und Rahmenrichtlinien zur Konfirmandenarbeit wurden zuletzt im Jahr 2011 durch die 24. Landessynode geändert; nach Ansicht des Jugendausschusses bieten sie ausreichend Möglichkeiten für eine zeitgemäße Konfirmandenarbeit. Da diese Chancen jedoch viel zu selten genutzt würden, regt der Ausschuss an, gemeindliche Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen, um die Richtlinien auf Basis der finan-

ziellen und personellen Ressourcen zu überprüfen. Die Synode erteilte dem Landeskirchenamt den Auftrag, eine Arbeitsgruppe mit synodaler Beteiligung einzusetzen. Diese Gruppe soll Maßnahmen erarbeiten, mit denen die Konfirmandenarbeit didaktisch, methodisch und strukturell weiterentwickelt werden kann. Auch Formate, mit denen Kirchengemeinden vor Ort unterstützt werden können, sollen entwickelt werden.

Der Jugenddelegierte Jonas Jakob Drude regte an, darüber hinaus zu prüfen, ob Konfirmandenarbeit in die erste Ausbildungsphase von Pastorinnen und Pastoren eingebunden werden könne. Claas Goldenstein, ebenfalls Jugenddelegierter, bat um



Jonas Jakob Drude regte an, die Konfirmandenarbeit früh in die Ausbildung von Pastorinnen und Pastoren zu integrieren.

genaues Hinsehen: „Konfi-Camps sind im engeren Sinne Jugendarbeit, keine Konfirmandenarbeit. Eine Verzahnung ist gut, aber wir müssen darauf achten, dass die Konfirmandenarbeit der Jugendarbeit nicht die Ressourcen wegnimmt.“

Einsatz gegen die Wohnungsnot

Landessynode will Fonds zur Finanzierung von externem Expertenrat einrichten

Die Landessynode möchte die Kirchengemeinden im Engagement gegen die wachsende Wohnungsnot unterstützen. Dazu regte sie einen Fonds an, aus dem die Gemeinden Gelder von jeweils bis zu 20.000 Euro beantragen können, wenn sie Gutachten oder Expertenrat für mögliche Projekte einholen wollen. Die Synode forderte das Landeskirchenamt auf zu prüfen, ob für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung gestellt werden

können. Die Antragsfrist für Gemeinden soll mit dem 31. Dezember 2021 enden, die Gelder grundsätzlich übertragbar sein.

Der Diakonieausschuss wünsche sich keine kirchliche Wohnungsbaugesellschaft, es gehe vielmehr darum, Lösungen und Wege für den individuellen Standort zu finden, stellte Bodo von Bodelschwingh, Synodaler aus dem Sprengel Osnabrück, klar: „Sozialer Wohnungsbau ist Aufgabe des Staates.“ Jedoch dürfe sich die

Kirche auf diesem für Menschen existenziellen Gebiet nicht einfach auf ihr Wächteramt zurückziehen. Auch weil die Zukunft vieler kirchlicher Gebäude und Grundstücke unklar ist, ist es aus Sicht des Diakonieausschusses geboten, sich Gedanken über deren zukünftige Nutzung zu machen. Die Landessynode beauftragte den Diakonie- sowie den Umwelt- und Bauausschuss, bis zu den kommenden Haushaltsberatungen Vergaberichtlinien für den Fonds zu entwickeln.

Ungehobene Schätze unter Mitarbeitenden

Gemeinwesendiakonie macht Kirche zur professionellen Partnerin im Sozialraum

„Gemeinwesendiakonie stützt sich nicht auf die Stabilisierung der Strukturen sondern fragt, was für die Menschen vor Ort getan werden kann – was sind unsere Ressourcen, was können wir einbringen, wie können wir uns vernetzen?“ Mit diesen Worten stellte Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen e. V. (DWiN), den Bericht des Landeskirchenamtes zur Initiative Gemeinwesendiakonie vor. „Gemeinwesendiakonie verändert die Perspektive und schafft einen Blickwechsel“, so Lenke weiter.

Gemeinwesenarbeit sei kein grundsätzlich neuer Ansatz, führte Lenke aus. Für viele der in den 1970-er Jahren ausgebildeten Pastorinnen und Pastoren sei dieser Ansatz prägend gewesen und bis heute gebe es Kirchengemeinden, die sich bewusst in den Sozialraum hinein orientieren. „Hier finden wir Kirche als akzeptierten und gestaltenden Partner inmitten des Gemeinwesens – diese Kirchengemeinden sind allerdings nicht in der Mehrheit.“

In verschiedenen Landeskirchen gebe es aktuell Ansätze, die kirchliche Ge-



Plädoyer für die Gemeinwesendiakonie: Hans-Joachim Lenke

meinwesenarbeit in Anbindung an die Diakonischen Landesverbände zu stärken. In der hannoverschen Landeskirche wird ein etwas anderer Ansatz verfolgt: Hier sind in erster Linie die Diakonischen Werke der Kirchenkreise Kooperationspartner der Landeskirche; die Vernetzung mit dem DWiN erfolgt über die Kirchenkreissozialarbeit und die für Gemeinwesendiakonie eingerichteten Projektstellen.

„Eine gemeinwesenorientierte Kirche will nicht einfach für, sondern vor allem mit den Menschen vor Ort sein. Dabei wird Kirche mit ihren Anliegen

professioneller Partner im Sozialraum“, umriss Lenke das Grundprinzip von Gemeinwesenarbeit.

In seinem Bericht zu den Erfahrungen der ersten drei Jahre betonte Lenke die gelungene Kooperation zwischen dem Haus kirchlicher Dienste und dem DWiN: Diese Zusammenarbeit sei erforderlich, um Querschnittsaufgaben wahrnehmen und damit sozialräumliches Denken umsetzen zu können. „Wir haben dafür ungehobene Schätze in den Qualitäten unserer Mitarbeitenden, etwa bei den Diakoninnen und Diakonen mit ihrer Doppelqualifikation“, betonte der DWiN-Vorstandsvorsitzende.

Für den Diakonieausschuss begrüßte dessen Vorsitzender Dr. Jens Rannenbergs die Weiterführung des Projektes und beantragte die Überweisung des entsprechenden Aktenstückes Nr. 92 an den Diakonieausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Theologie und Kirche. Auf Antrag des Synodalen Dr. Jörg Zimmermann aus dem Sprengel Lüneburg beschloss die Landessynode auch die Überweisung an den Ausschuss für Mission und Ökumene.

„Gestaltung in der Zivilgesellschaft“

Landessynode möchte evangelisches Profil der Kindertagesstätten stärken

Die Landessynode möchte das Trägermodell für Kindertagesstätten und das evangelische Profil der Einrichtungen stärken – mit diesem Ziel stimmte das Plenum nach ausführlicher Diskussion mehreren Anträgen des Diakonieausschusses zu. Der Vorsitzende Dr. Jens

Rannenberg betonte in seiner Einbringungsrede einen weiteren Hintergrund: „Bewusst formulieren wir ein Angebot der verfassten Kirche gegenüber den freien Trägern. Es geht um die Gestaltung von Kirche in der Zivilgesellschaft.“

Seit Jahren favorisiert die Landeskirche das sogenannte Trägermodell für Kindertagesstätten gegenüber der Trägerschaft einzelner Kirchengemeinden. Aktuell haben sich etwa 80 Prozent der Einrichtungen einer übergemeindlichen Trägerschaft angeschlossen. *Weiter S. 4*

Mehr Geld auch für „Solitär-Kitas“

Kirchenparlament plädiert für Anreize anstelle von Druck



Dr. Bettina Siegmund



Dr. Jens Rannenbergh

Fortsetzung von Seite 3

Das Trägermodell habe sich grundsätzlich bewährt, heißt es im Bericht des Diakonieausschusses; dies werde auch durch die wissenschaftlich begleitete Evaluation bestätigt. Die Auswertung zeige allerdings auch, dass insbesondere die Pädagogischen Leitungen der Einrichtungen vielfach nicht mit den notwendigen Stundenumfängen ausgestattet werden konnten. Probleme entstünden dort, wo die Refinanzierung der Kommune unzureichend ist oder der Kirchenkreis als Träger sein Angebot durch neue Einrichtungen oder Gruppen erheblich ausgeweitet hat.

Um die Probleme zu lösen, hält es der Diakonieausschuss für richtig, die Pauschale „Fachberatung/Pädagogische Leitung“, die an die Träger-Kirchenkreise gezahlt wird, befristet von 2.000 auf 4.000 Euro zu erhöhen. Neben dem Gewinn religionspädagogischer Qualität erhofft er sich dadurch auch eine steigende Bereitschaft der Kirchengemeinden, ihre Kitas in übergemeindliche Trägerschaft zu überführen. Die Gegenfinanzierung der neuen Pauschalen soll durch reduzierte Steuererhöhungen in der allgemeinen Kita-Finanzierung erfolgen.

Auch freie Träger, so sieht es der Beschluss der Landessynode vor, kommen in den Genuss der erhöhten Pauschale, wenn sie Mitglied im DWiN sind und einen Kooperationsvertrag mit einer Einrichtung der verfassten Kirche abgeschlossen haben. In diesem Punkt intervenierte Dr. Bettina Siegmund, Synodale aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems: „Ich bin nicht damit einverstanden, dass evangelische Kitas in gemeindlicher Trägerschaft nicht auch in den Genuss religionspädagogischer Fachberatung kommen sollen.“ Dies sei schlicht eine Ausübung von Druck, sich dem Trägermodell anzuschließen: „Und in der Zwischenzeit verzichten wir auf Qualität in unseren Kitas“, so Dr. Siegmund.

Sie schlug vor, auch diesen „Solitär-Kitas“ die erhöhte Pauschale für pädagogische Fachberatung zu zahlen, wenn sie sich über einen Kooperationsvertrag einem Trägerverband annähern. „Dies wäre ein Anreiz, der besser ist als Druck“, argumentierte die Synodale. Die Landessynode erteilte für die Haushaltsberatungen einen entsprechenden Prüfauftrag.

Eine befristete Übergangsregelung lässt die Landessynode für den Stadt-

kirchenverband Hannover prüfen: Da hier nur vergleichsweise wenige Einrichtungen der übergemeindlichen Trägerschaft angehören, könnte der Verband bis 2022 einen jährlichen Ausgleichsbetrag erhalten. Damit verbunden wäre eine Vereinbarung mit dem Ziel, die Quote der Kitas im Trägermodell auf mindestens 60 Prozent zu steigern.

Beteiligung junger Menschen

„Es drängt, wir sind diesem Maßstab verpflichtet“: In seinem Bericht vor der Landessynode warb Landesbischof Ralf Meister dafür, offensiv für eine paritätische Geschlechterverteilung und mindestens 20 Prozent junger Menschen unter 27 Jahren in der Landessynode und anderen kirchenleitenden Organen zu werben.

„Gerade die neu gewählten Kirchenvorstände sollten Anwälte für dieses Leitbild werden“, so der Landesbischof. „Die Zeit des Wartens und Erörterns und Beschließens muss vorbei sein.“

„Friedhöfe sind Verkündigungsorte“

Umwelt- und Bauausschuss will bisherige Unterstützungsangebote erhalten und ausbauen

Der Erhalt kirchlicher Friedhöfe ist an manchen Standorten gefährdet – alternative und zunehmend individualisierte Bestattungsformen sowie die Konkurrenz durch kommunale Friedhöfe und Bestattungswälder stellen die kirchlichen Träger vor ökonomische, ökologische und gestalterische Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Landessynode seit 2014 mit Möglichkeiten der Unterstützung für die Träger.

Aktuell gibt es im Bereich der Landeskirche 938 Friedhöfe in kirchlicher Trägerschaft; durchschnittlich verfügen sie über rund 11.450 Quadratmeter Fläche. Der Anteil der Sargbestattungen ging von knapp 89 Prozent im Jahr 1990 auf rund 52 Prozent im Jahr 2015 zurück; der Anteil der Urnenbestattungen wuchs dementsprechend von elf auf 48 Prozent. In einzelnen Sprengeln macht er bereits deutlich mehr als die Hälfte aus. Friedhöfe werden zukünftig also einen deutlich geringeren Flächenbedarf bzw. einen Flächenüberhang haben. Gunda Dröge, stellvertretende Vorsitzende des Umwelt- und Bauaus-



Gunda Dröge berichtete der Landessynode.

schusses, machte der Landessynode in ihrem Bericht zur Situation der kirchlichen Friedhöfe unter der Überschrift „Abwicklung oder Aufbruch?“ klar, dass verschiedene Aspekte zu berücksichtigen seien: rechtliche und finanzielle Bedingungen ebenso wie Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, die Mitarbeit Ehrenamtlicher, die Friedhofsgestaltung und ökologische Anforderungen.

„Wir müssen professionelles Marketing in den Blick nehmen“, so Dröge. Ein zukünftiges Handlungsfeld liege hier insbesondere in der Zusammenarbeit mit Bestattern: Im Erstkontakt mit Angehörigen Verstorbener müssten sie das Angebot einer explizit christlichen Grabgestaltung vermitteln; so

könne die besondere kirchliche Prägung von Friedhöfen erhalten bleiben. „Friedhöfe sind Verkündigungsorte“, so Dröge. Um diesen Charakter zu erhalten, müsste aber einiges getan werden.

Einiges zu tun ist auch für die naturnahe Gestaltung kirchlicher Friedhöfe: Für den Erhalt der Artenvielfalt zeigten bereits einfache Maßnahmen große Wirkung, hält der Umwelt- und

Bauausschuss dazu fest. Und: „Werden solche Maßnahmen theologisch als Bewahrung von Gottes Schöpfung fundiert, tragen sie zur Schärfung des evangelischen Profils kirchlicher Friedhöfe bei.“

Um die Attraktivität kirchlicher Friedhöfe zu steigern und damit ihren Erhalt zu sichern, forderte die Landessynode das Landeskirchenamt auf, Beratungs- und Unterstützungsangebote für kirchliche Friedhofsträger zu entwickeln. Das Haus kirchlicher Dienste wurde gebeten, die vorhandenen Schulungsangebote weiterzuführen. Im Umwelt- und Bauausschuss sowie im Diakonieausschuss und im Ausschuss für Theologie und Kirche wird das Thema weiter beraten.

„Das ist für uns nicht hinnehmbar“

Landessynodalausschuss positioniert sich zu Glocken mit nationalsozialistischen Symbolen

„Für unsere Kirche kann es nicht hinnehmbar sein, unter dem Symbol des Hakenkreuzes zum Gebet zu rufen.“ Diese klare Aussage traf Jörn Surborg, Vorsitzender des Landes-

synodalausschusses (LSA), in seinem Tätigkeitsbericht für die Zeit von Dezember 2017 bis Mai 2018.

Im Herbst 2017 hatte das Landeskirchenamt den LSA darüber infor-

miert, dass in den Kirchengemeinden Faßberg und Schweringen Glocken mit nationalsozialistischen Symbolen vorhanden sind und geläutet werden.

Weiter auf Seite 6

„Das betrifft natürlich uns alle“

Große mediale Aufmerksamkeit in der Debatte um die „Naziglocken“

Fortsetzung von Seite 5

Die „Naziglocken“, wie sie in der öffentlichen Debatte genannt werden, sorgten in den vergangenen Monaten für starke mediale Aufmerksamkeit und große Unruhe in den betroffenen Kirchengemeinden. Das Landeskirchenamt habe diese Gemeinden in ihrem Entscheidungsprozess zum weiteren Umgang mit den Glocken eng begleitet und den LSA fortlaufend informiert, berichtete Surborg; Druck sei dabei nicht aufgebaut worden. Dennoch habe es viel Kritik an der Landeskirche gegeben: Zu viel Einmischung und Druck beklagten die einen, zu wenig Unterstützung die anderen.

Surborg ging auch auf das Abflexen des Hakenkreuzes an der Schweringer Glocke durch Unbekannte ein: „Dieses Vorgehen erinnert an die Vergangenheitsbewältigung in den Jahren nach 1945“, so der Synodale. Er halte es für ungeeignet – es sei eine Selbsttäuschung zu glauben, dass mit den Symbolen auch die Tatsachen aus der Welt geschafft würden. Diese Art der Verdrängung funktioniere nicht: „Die Büchse der Pandora bleibt offen.“

Auch das wiederholt vorgetragene Argument, das Geld für den Guss neuer Glocken könne an anderer Stelle besser verwendet werden, lässt Surborg nicht gelten, entlarvte es als gut durchdachtes Ablenkungsmanöver. Der LSA habe bereits seine Zustimmung zu einer Kostenübernahme durch die Landeskirche für einen Glocken-



Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses, bezog klar Position.

Neuguss signalisiert. „Es kommt jetzt darauf an, Moderation anzubieten. Die Entscheidung aber müssen wir den Verantwortlichen vor Ort überlassen – wenn wir die Demokratie ernst nehmen, ist etwas anderes nicht möglich“, schloss Surborg diesen Punkt seines Berichts.

In der Aussprache bekräftigte Arend de Vries, geistlicher Vizepräsident des Landeskirchenamtes, dass es für die Landeskirche nicht vorstellbar sei, weiterhin mit den betroffenen Glocken zum Gebet zu rufen. Die teilweise heftige Gegenwehr aus den Gemeinden Schweringen und Faßberg erklärte er mit dem Wunsch, sich nicht von außen unter Druck setzen zu lassen und der Sorge, dass die Wirksamkeit der Segenshandlungen der vergangenen 70 Jahre unter diesen Glocken in Frage gestellt würde. Er habe sich bemüht, diese Befürchtungen theologisch zu entkräften, so de Vries.

„Wir haben versucht, eine vorsichtige Wertung vorzunehmen, ohne den zuständigen Gremien die Entscheidung abzunehmen“, erklärte der

geistliche Vizepräsident. Allerdings sei dieses Vorgehen der Landeskirche in den Gemeinden teilweise als Druck von oben wahrgenommen worden. Eine klare Absage erteilte er dem Einwand, das Problem der „Nazi-Glocken“ betreffe allein die beiden Kirchengemeinden: „Durch die mediale Berichterstattung und die öffentliche Diskussion betrifft es

natürlich auch die Landeskirche, betrifft es uns alle.“

2019: Zeit für einen Kontrapunkt

„Es wird Zeit für einen Kontrapunkt“: In seinem Bericht sprach sich der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg deutlich dafür aus, die Möglichkeiten des landeskirchlichen Projekts „Zeit für Freiräume“ zu nutzen. „Dieses Projekt bietet die Chance, Dinge anders zu machen als gewohnt, ohne sich damit gleich innerhalb der Kirche in eine Art Splendid Isolation zu begeben“, spielte er auf die Insellage des Vereinigten Königreichs an.

Surborg betonte, dass „Zeit für Freiräume“ keine Kampagne sondern ein Impuls sei – ein Angebot, die alltägliche kirchliche Arbeit einmal neu, anders oder auch gar nicht zu erledigen.

Weiter auf Seite 7

„... aber dürfen darf man“

„Zeit für Freiräume“ ist ein Impuls, kein weiteres landeskirchliches Projekt

Fortsetzung von Seite 6

„Müssen muss man gar nichts, aber dürfen darf man!“, stellte der LSA-Vorsitzende klar. Natürlich produziere dieser Impuls auch Abwehrreflexe und den einen oder anderen skurrilen Vorschlag. Mit Blick auf das Jahr 2019 sieht der Landessynodalausschuss Reibungsflächen zwischen der Zeit für Freiräume und dem Prozess der Verfassungsreform sowie der Wahl zur 26. Landessynode. Vor diesem Hintergrund bat der LSA-Vorsitzende das Präsidium der Landessynode, sich Gedanken zu machen, wie Impulse aus dem landeskirchlichen Projekt dennoch in die Arbeit des Parlamentes einfließen könnten.

Die Synodale Annegret Albers aus dem Sprengel Lüneburg betonte, wie dringend nötig Freiräume für kirchliche Mitarbeitende seien; gleichzeitig sei sie erschrocken, wieviel Gegenwehr von diesen Menschen komme. „Die Welt wird sich weiter drehen, wenn wir einzelne Aufgaben unterlassen“, so Albers. „Wir sollten dazu ermuntern, mutig und entschlossen Veränderungen anzuschließen, daraus wird viel Gutes erwachsen.“

Der Landessynodalausschuss ist durch Martin Steinke, Synodaler aus dem Sprengel Osnabrück, im landeskirchlichen Steuerungskreis „Zeit für Freiräume“ vertreten.



Dr. Karoline Läger-Reinbold ist Projektkoordinatorin für die „Zeit für Freiräume“.

Defizit trotz wachsender Kirchensteuer

Versorgungs- und Beihilferückstellungen sorgen für eine negative Bilanz

Die Kirchensteuereinnahmen sind wieder gestiegen: Die hannoversche Landeskirche verzeichnete im vergangenen Jahr ein Plus von 24,3 Millionen Euro, wie der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, vor der Landessynode berichtete.

Insgesamt stiegen die Einnahmen aus der Kirchensteuer auf 566,5 Millionen Euro. 2016 hatte die Landeskirche bei den Kirchensteuern noch einen Rückgang um 4,4 Millionen Euro hinnehmen müssen.

Dr. Rolf Krämer, Finanzchef im Landeskirchenamt, führt den Anstieg auf die gute Konjunktur in Nieder-

sachsen zurück. Wenn es der Wirtschaft weiterhin gut gehe, könne die Kirche auch noch kurz- und mittelfristig mit steigenden Einnahmen rechnen. „Langfristig aber gehen die Babyboomer in den Ruhestand, was unsere Einnahmen negativ beeinträchtigen wird“, so Krämer. Diese Entwicklung werde in etwa zehn Jahren einsetzen.

Trotz gestiegener Einnahmen weist der Jahresabschluss der Landeskirche für das Jahr 2017 ein Minus von 85,2 Millionen Euro aus, wie Surborg berichtete. Den Erträgen von insgesamt 629,2 Millionen Euro stehen

Ausgaben von 714,4 Millionen gegenüber.

Grund für das Defizit sind Rückstellungen, damit die Kirche ihren Verpflichtungen gegenüber Pastorinnen und Pastoren sowie Kirchenbeamtinnen und -beamten im Ruhestand nachkommen kann.

Laut Haushaltsstatistik flossen rund 68 Prozent der Ausgaben in die Gemeindearbeit vor Ort; 250 Millionen Euro davon waren direkte Zuweisungen. 215,2 Millionen Euro wurden für Personalaufwendungen eingesetzt. Mit weiteren sechs Prozent bezahlte die Landeskirche ihre Verwaltung.

Priorisierung für neue Funktionsstellen

Synode und Landeskirchenamt wollen sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen abstimmen

Wie soll der zukünftige Umgang mit den beweglichen Stellen der Landeskirche vor dem Hintergrund von Konsolidierungsbemühungen aussehen? Auch dieser Frage widmete sich Jörn Surborg in seinem Bericht über die zurückliegenden sechs Monate.

Der Pool der beweglichen Pfarrstellen biete in vielen Fällen eine hilfreiche Unterstützung für Kirchengemeinden, betonte Surborg. Er verglich das System mit dem Modell der sogenannten atmenden Fabrik, das vor Jahren für den Volkswagen-Konzern postuliert worden war. Diese Stellen ermöglichten eine zeitnahe Reaktion auf besondere Gegebenheiten: „Wir verschaffen uns damit Luft für die Zukunft.“

120 bewegliche Stellen werden in der Landeskirche vorgehalten; 80 Prozent dieser Stellen decken Tätigkeiten in Kirchengemeinden oder Kirchenkreisen ab. Oftmals kämen Springerinnen oder Springer dann zum Einsatz, wenn Gemeindepastorinnen oder -pastoren ihrem Auftrag aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr vollständig nachkommen könnten, betonte Oberlandeskirchenrätin Dr. Nicola Wendebourg, Leiterin der Personal-

abteilung im Landeskirchenamt. Aufgrund der Altersverteilung unter Pastorinnen und Pastoren nehme die Häufigkeit solcher Handicaps in den Pfarrämtern zu. Wendebourg begrüßte die Empfehlung des LSA, die Zahl der beweglichen Stellen unverändert bei 120 zu belassen; auch der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit hatte diese Empfehlung abgegeben. Zukünftig sollen darüber hinaus auch Personen aus anderen kirchlichen Berufsfeldern für Seelsorge und Gemeindeleitung ausgebildet werden, um den Bedarf zu decken. Sie denke dabei etwa an Diakoninnen und Diakone, sagte Wendebourg.

Etwas anders sehe es bei den sogenannten Funktionsstellen aus, führte der LSA-Vorsitzende aus. Hier sei ein gewisses Umsteuern unumgänglich, um die Zahl dieser Pastorenstellen, die nicht in den Kirchengemeinden zur Verfügung stehen, nicht mehr auszuweiten. Oft handle es sich bei neuen Stelleneinrichtungen um eine Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen: „In Einzelfällen ist das durchaus sinnvoll, um bewährte Kräfte zu halten; in der Gesamtsicht droht

jedoch die Gefahr, dass der Konsolidierungskurs der Landeskirche aufgebrochen wird.“

Bei geplanten Personalaufstockungen sollte für jede neue Stelle eine Priorisierung erfolgen, regte Surborg an; zudem solle die Kompensation an anderer Stelle geprüft werden. Bei den kommenden Haushaltsberatungen möge das Landeskirchenamt eine Reduzierung der Funktionsstellen zugunsten der Gemeindestellen prüfen sowie zukünftig einen Gemeindegeldanteil für möglichst jede Funktionsstelle vorsehen. Abschließend mahnte Surborg an, den eingeschlagenen Weg der personalpolitischen Zurückhaltung nicht aufzugeben.

Der LSA-Vorsitzende regte an, dass sich Landessynode und Landeskirchenamt im Vorfeld der Haushaltsberatungen im Herbst 2018 über eine Strategie verständigen sollten. Der Synodale Dr. Jörg Zimmermann aus dem Sprengel Lüneburg betonte, dass die Landessynode sich der Diskussion um die Bedeutung von Funktionspfarrstellen stellen solle, da das Thema ansonsten an anderer Stelle immer wieder aufploppere.

Das Alter ist egal

Zukünftig gibt es in der hannoverschen Landeskirche keine Altersbeschränkung mehr für Lektorinnen und Lektoren, Prädikantinnen und Prädikanten. Einstimmig hob die Landessynode die bisherige kirchengesetzliche Regelung auf, die das Höchstalter für die öffentliche Verkündigung durch beauftragte Gemeindeglieder auf 72 Jahre festgesetzt hatte.

Neue Perikopenordnung zum 1. Advent

Die Landeskirche ordnet ihre gottesdienstlichen Lese- und Predigttexte neu: Die sogenannte Perikopenordnung wurde in einem breit angelegten Prozess seit 2011 mit dem Ziel einer „maßvollen Revision“ überarbeitet und wird mit Zustimmung der Landessynode zum 1. Advent 2018 eingeführt. In ihrer überarbeiteten Form umfasst die Ordnung nun einen nahezu verdoppel-

ten Anteil an alttestamentlichen Texten und bietet eine größere Vielfalt von biblischen Büchern und Themen. Künftig stehen für jede Woche und jeden Festtag zwei Lieder der Woche bzw. des Tages zur Auswahl, darunter auch Liedgut aus neueren Gesangbüchern. Gewachsen ist auch der Anteil an thematischen Textvorschlägen zu lebensweltlichen Anlässen.

Kritische Überprüfung der KV-Wahl kommt

Belastung der Pfarramtssekretärinnen muss reduziert werden / Kritik am Selfmailer

Als grundlegendes Ziel der landeskirchlichen Kampagne zur Kirchenvorstandswahl beschrieb Joachim Lau, Abteilungsleiter für Kampagnen und Design in der Evangelischen Medienarbeit (EMA), in seinem Bericht vor der Landessynode die bestmögliche Unterstützung der Kirchengemeinden vor Ort. Herzstück der Kampagne seien drei Infopakete gewesen, die seit Herbst 2016 an die Gemeinden versandt wurden. Die in diesem Rahmen verschickte Wahlmappe sei vielfach nachbestellt worden, berichtete Lau.

Im April 2017 ging die Internetseite www.kirchemitmir.de online, die 85.000 einzelne Besucherinnen und Besucher erreichte. Insgesamt gab es 336.000 Seitenaufrufe, wobei die Materialseiten am stärksten frequentiert wurden.

Erstmals wurde statt der vertrauten Wahlbenachrichtigungskarte ein Selfmailer eingesetzt. Dieser wurde zuvor per Marktforschung getestet, wurde letztendlich aber in der Fläche der Landeskirche vielfach kritisch beurteilt. Lau sagte zu, die Kritikpunkte bei kommenden Wahlen zu berücksichtigen und den Selfmailer nach Möglichkeit mit Informationen aus der jeweiligen Kirchengemeinde zu gestalten.

Die allgemeine Briefwahl sei als Pilotprojekt angelegt worden, erklärte Lau weiter; 59 Kirchengemeinden beteiligten sich daran. In einer Nachwahlbefragung bewerteten 52 Gemeinden den Test positiv. Im Durchschnitt stieg die Wahlbeteiligung um fünf bis zehn Prozent, in Ausnahmefällen sogar um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 2012.

Die Berichterstattung in der lokalen und regionalen Presse bewertete Lau positiv: So seien mindestens 500 ausführliche Artikel in den niedersächsischen Tageszeitungen erschienen; die auflagenstarken Anzeigenblätter seien darin noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Wahlbeteiligung sank in allen Landeskirchen um durchschnittlich drei Prozent im Vergleich zu 2012, und auch die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten ging um rund 3.000 Personen zurück. „In etwa der Hälfte der Kirchengemeinden unserer Landeskirche wurde der gesetzliche Standard der 1,5-fachen Anzahl an Kandidatinnen und Kandidaten gegenüber den KV-Sitzen nicht erreicht“, stellte Joachim Lau fest.

Zusammenfassend empfahl er eine Reihe von Veränderungen für die kommende Wahl: Die Pfarramtssekretärin-

nen müssten in der Vorbereitung stärker entlastet werden, außerdem sollte die lokale Öffentlichkeitsarbeit noch stärker mit der landesweiten Kampagnenarbeit verzahnt werden. „Entscheidend aber ist vor allem, dass es eine kritische Überprüfung der rechtlichen Bestimmungen gibt, um das Wahlverfahren zu vereinfachen“, hob Lau hervor.

In der Aussprache wählte Oberlandeskirchenrat Dr. Rainer Mainusch, in dessen Aufgabenbereich die rechtlichen Bestimmungen zur Regelung der Wahl fallen, deutliche Worte: „Es muss die in dieser Form letzte Kirchenvorstandswahl gewesen sein, die mit solchem Aufwand durchgeführt wurde.“

Der Synodale Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover setzte einen Kontrapunkt: „Man muss auch mal die positiven Beispiele dieser Wahl hervorheben“ – etwa den erfolgreichen Modellversuch zur allgemeinen Briefwahl oder die Spitzenwerte bei der Wahlbeteiligung in einer Reihe von Kirchengemeinden.

Die Landessynode sprach sich dafür aus, den Schwerpunkteausschuss, den Öffentlichkeitsausschuss und den Jugendausschuss in den Prozess zur Änderung des Wahlgesetzes einzubinden.



„Rechtliche Veränderungen sind nötig“, betonte Joachim Lau in seinem Bericht.



„Es gab auch Spitzenwerte bei der Wahlbeteiligung“, stellte Rolf Bade fest.

„Vertrauen in neue Bilder ist nötig“

Landesbischof Ralf Meister stellt seinen Bericht in Form von 26 persönlichen Fragen vor

Dieser Bischofsbericht war anders als die der vergangenen Jahre: Vor der Landessynode stellte Landesbischof Ralf Meister 26 Fragen, die er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in sieben Amtsjahren formuliert hatte. Und er lieferte auch gleich die Antworten mit: „Nicht als katechetische Ordnung sondern als rhetorisches Spiel mit guter Absicht.“

Persönlich und ungesichert seien die Antworten, fügte der Bischof hinzu; sehr bewusst verzichtete er auf die gängigen Analyseinstrumente. Relevanz und möglicherweise Konfliktpotenzial enthalten die 26 Antworten dennoch: „Es würde, sollten sich geäußerte Vorstellungen realisieren lassen, Einsatz kosten. Verändertes Denken, Vertrauen in neue Bilder, Einsatz im Bereich Personal, veränderte Finanzierungspläne.“ Die erste Frage des Bischofsberichtes lautet schlicht: „Wie ist die Stimmung?“ Bewegt sei sie, weder besonders gut, noch besonders schlecht, ist die Antwort. „Wir sind eine mutige, innovationsbereite Landeskirche, die durch alle Glieder beginnt, sich noch stärker als bisher als lernende Organisation zu begreifen.“

Zur Frage nach der Bedeutung von Kirchenbauten ging Meister über ihren funktionalen Zweck deutlich hinaus: „Sie prägen als symbolische Bauten eine Geschichte des Verhältnisses von Gott zu uns Menschen.“ Solange es irgend möglich sei, müssten Kirchen als geistliche Orte, als Asylräume, Friedensstätten und Kultur- und Begegnungsorte erhalten bleiben.

Auch im übrigen kirchlichen Gebäudebestand sieht Ralf Meister Potenzial: Er habe seine frühere grundsätzliche Ablehnung von Neubauten revidiert, nachdem er in Bauprozessen eine



Auf großes Interesse stieß der Bischofsbericht bei Synodalen und Gästen.

enorme Gemeindeentwicklungsdynamik erlebt habe. Bei kluger Planung sei Kirche in der Lage, Quartiersentwicklung zu befördern und gemeindliche Aufbrüche durch die Verantwortung für den Sozialraum zu entwickeln.

Thema Schöpfungsgerechtigkeit

Breiten Raum nahm im Bischofsbericht auch die Frage nach der Schöpfungsgerechtigkeit ein: Um glaubwürdig zu bleiben, müsse Kirche in den kommenden Jahren eine Vorreiterrolle bei der Bereitstellung von ökologischen Ausgleichsflächen übernehmen. „Könnte nicht von unserer Kirche die Initiative zu einer Niedersächsischen Klimakonferenz ausgehen?“, regte der Bischof darüber hinaus an.

Zwischenapplaus erhielt Ralf Meister für eine klare Positionierung zu den Funktionspfarrstellen: „Es wäre eine Chance, auch für die geistliche Profilierung im Funktionspfarramt, wenn es für ordinierte Geistliche in

einem außergemeindlichen Dienstverhältnis die Verpflichtung gäbe, im Rahmen von regelmäßigen Gottesdiensten oder Amtshandlungen im Kirchenkreis tätig zu sein.“ Auch zur Frage der zukünftigen Identität von Pastorinnen und Pastoren äußerte sich Ralf Meister: „Je schärfer wir unser Profil exklusiv markieren, umso schneller werden wir aus bestimmten Kontexten verabschiedet werden. Wir sind keine spirituellen Generalisten, aber wir müssen fortwährend überprüfen, wo wir mit unserem Auftrag auch morgen noch Menschen ansprechen können.“ In dieser Frage bestehe die Gefahr, auf beiden Seiten vom Pferd zu fallen.

„Eine Kirche, in der die Zeit für Gremien, Ausschüsse, Planungsrounds, Dokumentation und Regulierung bei weitem die Zeit für Feste und Feiern, für Gottesdienst, Gesang und Gebet übersteigt, ist nicht zukunftsfähig“, stellte Meister fest. Dem sei allerdings schwer beizukommen.

Weiter auf Seite 11

Netzwerk für missionarische Initiativen

Ralf Meister wünscht sich kirchliche Biodiversität / Sorge um Instrumentalisierung

Fortsetzung von Seite 10

Grundsätzlich neige Verwaltung dazu, bekannte und bewährte Prozesse zu perpetuieren – auch dann, wenn sich die Verhältnisse ändern.

Mit dem Stichwort „Kirchliche Biodiversität“ zitierte Meister Dr. Sabrina Müller aus dem Zentrum für Kirchenentwicklung an der Universität Zürich, die sich mit Gemeindeentwicklung und missionarischen Impulsen befasst. Im kommenden Herbst werde er alle hauptamtlichen Akteure in missionarischen Initiativen einladen, um ein Netzwerk anzustoßen.

Über die Zukunft der Gottesdienste nachdenkend erkennt Ralf Meister eine schwindende Bedeutung althergebrachter Formen; vielmehr fragten Menschen zunehmend nach einem

sinnstiftenden und gemeinschaftsfördernden Raum, der ihre Lebenswirklichkeit aufgreife. Qualität und Präsenz seien die entscheidenden Stichworte, nicht die Quote.

„Es ist an der Zeit, den Beweis anzutreten, dass

Menschen mit einer religiösen Identität die Gesellschaft nicht spalten, sondern versöhnen“, betonte Meister auf die Frage nach dem Zusammenleben der Religionen.



Landesbischof Ralf Meister während seines Vortrages

Er betrachte mit Sorge die Instrumentalisierung von Religionen – sei es durch das provokative Aufhängen von Kreuzen oder durch Hasspredigten in Moscheen.

Sechs Friedensorte

„Unser Synodenwort gegen wachsende Rüstungsproduktion ist heute erschreckend aktuell“, stellte Ruth Scheffler-Hitzegrad, Synodale aus dem Sprengel Stade, fest. Sie brachte einen Zwischenbericht des Ausschusses für Mission und Ökumene ein und stellte darin die Aktivitäten vor, die aus dem Synodenwort „Schritte auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens“ vom Herbst 2017 abgeleitet wurden.

Sechs Friedensorte würden mittlerweile aus dem Fonds „Friedenswege“ unterstützt; gleich in der ersten Sitzung des Vergabeausschusses sei die Kasse damit nahezu leergefegt worden.

„Was sich hier in Hannover bewegt, wird innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als modellhaft angesehen“, betonte

Scheffler-Hitzegrad. So befasse sich die EKD-Synode 2019 mit konkreter kirchlicher Friedensarbeit und bereite einen breiten und umfassenden Prozess dazu vor. An das Landeskirchenamt richtete Scheffler-Hitzegrad die Bitte, auch für 2019/2020 Mittel für die Friedensarbeit in den Haushalt einzustellen.

Klare Worte zu den Bemühungen um Frieden fand auch Landesbischof Ralf Meister in seinem Bericht: „Wir brauchen in Deutschland eine veränderte Rüstungskontrolle. Es muss bei Rüstungsexporten gelten: Der Erhalt von Menschenleben und die Konfliktvermeidung wiegen eindeutig mehr als die Sicherung von Arbeitsplätzen.“ Es müsse klarer kommuniziert werden, dass Kriege der Hauptgrund für die Flucht von Menschen aus ihrer Heimat sind.

bischofsbericht.de

„Was wird aus meinen Fragen?“ So lautet die 26. und letzte Frage im Bericht von Landesbischof Ralf Meister. Und auch an dieser Stelle gab der Bischof die Antwort selbst: „Es gibt ab sofort die Möglichkeit, diesen Bericht zu kommentieren. Und alle Anfragen und Kommentare, die sich im Horizont der Sinnhaftigkeit bewegen, werden auch beantwortet.“

Die einzelnen Fragen und Antworten des Bischofsberichtes sind hier zu finden: www.bischofsbericht.de. Fragen, Anmerkungen und Kommentare, die sich auf die Sache beziehen, können per E-Mail an die Anschrift bischofsbericht@evlka.de geschickt werden. „Wir sind sehr gespannt, ob dies eine sinnvolle Möglichkeit des Feedbacks ist“, schließt der Bericht.

Stephan Preuß rückt nach



Die 25. Landessynode hat ein neues Mitglied: Stephan Preuß aus Melle (*rechts*) rückte für den verstorbenen Ernst August Gausmann aus Bad Essen als gewähltes Ersatzmitglied nach. Synodenpräsident Dr. Matthias Kannengießer begrüßte und verpflichtete den Synodalen.

Für mehr Akzeptanz

24 der Kirchenkreise, die sich im Rahmen einer Umfrage zur Neustrukturierung der landeskirchlichen Baufachverwaltung äußerten, wünschen sich zukünftig zentrale Baufachzentren. 16 Kirchenkreise lehnen diese ab und wünschen sich, die Aufgaben der Bauverwaltung in den Bauabteilungen ihrer jeweiligen Kirchenämter zu behalten. Fünf weitere Kirchenkreise plädieren für eine Mischform – diese Meinungsäußerungen zur Neustrukturierung der Baufachverwaltung stellte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt aus dem Landeskirchenamt der Landessynode vor.

Um die Akzeptanz vor dem Hintergrund dieser uneinheitlichen Meinungsäußerung zu erhöhen, regte der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg an, für einzelne Ämter eine Mischform mit verteilten Aufgaben zu überdenken. Die Landessynode wird dieses Thema weiter beraten.

Mit voller Rechtsstellung

Bereits bei der Bildung der 26. Landessynode soll eine Neuregelung wirksam werden, die auch im Entwurf der neuen Kirchenverfassung vorgesehen ist: Unter den berufenen Mitgliedern sollen sich künftig vier befinden, die von der Landesjugendkammer vorgeschlagen wurden und die zum Zeitpunkt der Berufung das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Sie sollen, anders als bislang, die volle Rechtsstellung eines Mitgliedes der Landessynode haben, inklusive Stimmrecht. Als Ausgleich für das damit veränderte Zahlenverhältnis zwischen gewählten und beru-

fenen Mitgliedern soll die Zahl der zu wählenden Mitglieder von 64 auf 66 erweitert werden; die Zahl der berufenen Mitglieder von zehn auf zwölf, wie Hans-Heinrich Gronau, Mitglied des Kirchensynates, in seiner Vorstellung des Entwurfs des 13. Kirchengesetzes zur Änderung der Verfassung mitteilte. Darüber hinaus soll auch die Zuordnung der Kirchenkreise zu den Wahlkreisen aktualisiert werden.

Die Kirchengesetze werden zunächst dem Schwerpunkteausschuss und dem Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantwortl.) unter Mitwirkung des Evangelischen Pressedienstes Niedersachsen-Bremen (epd) und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Grafik: Marc Vogelsang Evangelische Medienarbeit (EMA)

Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze, Dethard Hilbig
Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen
www.synode.landeskirche-hannovers.de

Bischofsbericht:



Vision Kirchenmusik bleibt

„Es ist ein ganz großer Schatz, dass mit diesem Projekt so viele Schülerinnen und Schüler erreicht werden.“ Rolf Bade, Synodaler aus dem Sprengel Hannover, sprach sich entschieden dafür aus, das Projekt „Vision Kirchenmusik“ zu verstetigen und im kommenden Haushaltsplan Mittel dafür bereitzustellen. Die Verknüpfung von außerschulischen Akteuren mit kirchlichen Räumen und Kirchengemeinden sei ein wichtiger Aspekt.

Karl-Otto Scholz, Vorsitzender des Öffentlichkeitsausschusses, betonte, das Projekt markiere den Aufbruch in eine neue Kirche. Begeisternd stellten dann die Projektstelleninhaber Silke Lindenschmidt und Ulf Pankoke die Aktivitäten im Rahmen von Vision Kirchenmusik vor. Die Landessynode folgte dem von Scholz vorgelegten Antrag des Öffentlichkeitsausschusses und stimmte zu, Haushaltsmittel für die dauerhafte Fortführung des Projektes bereitzustellen.